Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonnirt man bei den Zeitungs-Spediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher: Amt 6, Nr. 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und die Inseraten-Bureaux zum Preise von 40 Pf. pro fünfgespaltene Petitzeile entgegen. Zusendungen für die Zeitung sind nicht an eine Person, sondern an die Redaktion zu adressiren. Gleichzeitige Angabe des Honorars wird erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 173. [41. Jahrgang.] Sonnabend den 26. Juli 1902. [41. Jahrgang.] Nr. 173.

Wochen-Abonnement.

Für die **Reise-Saison** haben wir ein **Wochen-Abonnement** auf unsere Zeitung eingerichtet. Dasselbe beträgt für die Woche bei einmaliger täglicher Kreuzband-Sendung innerhalb des Deutschen Reiches und der österreichisch-ungarischen Monarchie **M. 0,75**, für die übrigen Staaten **M. 1,10**. Um die Abonnenten regelmäßig und pünktlich in den Besitz der Zeitung zu setzen, ist es erwünscht, daß beim Wechsel des Aufenthaltsortes die Expedition 1—2 Tage vorher in Kenntniß gesetzt wird.

Berlin, den 25. Juli.

Politischer Tagesbericht.

Aus Ischl meldet die „Neue Freie Presse", daß morgen oder übermorgen dort unter dem Vorsitz des **Kaisers** ein **Kronrath, betreffend die Ausgleichsfragen,** stattfinden werde, dem die Minister Graf Goluchowski, v. Koerber und Szell beiwohnen werden. Ersterer ist eingetroffen.

*

Prag, 25. Juli. Der **Landtag** setzte die Generaldebatt über den Landesvoranschlag fort. Herold wandte sich gegen die Ausführungen der Tschechisch-Radikalen und verwahrte sich aufs Entschiedenste dagegen, daß parlamentarische Aktionen von der Gasse beeinflußt werden. Wenn die gewünschten Erfolge der Verhandlungen des Landtages ausblieben, so sei die Ursache der seit undenklichen Zeiten bestehende Zwist der beiden Volksstämme. Die Lösung der Sprachenfrage werde nicht so leicht gelingen; vor Allem müsse das Unrecht, das in der Aufhebung der Sprachenverordnungen bestehe, wieder gutgemacht werden. Die Forderung der deutschen Staatssprache sei nicht diskutirbar. Herold trat sodann für das böhmische Staatsrecht ein; er erklärte, die Jungtschechen hofften, daß der Augenblick kommen werde, wo auch bei der Dynastie, der Regierung und den deutschen Landsleuten die Ueberzeugung Platz greifen werde, daß die Anerkennung der staatsrechtlichen Stellung der Länder der böhmischen Krone eine kräftige Wehr gegen alle Gefahren von außen bilde. (Lebhafter Beifall bei den Tschechen.) Eppinger polemisirte gegen die staatsrechtlichen Ausführungen Herolds. Das von ihm angestrebte Staatsrecht sei ein Ding der Unmöglichkeit. Wenn an eine Verständigung überhaupt zu denken sei, dann müsse Alles, was mit dem Staatsrecht zusammenhänge, zurückgestellt werden. Redner hält den gegenwärtigen Zeitpunkt, wo durch die bevorstehenden österreichisch-ungarischen Ausgleichsverhandlungen gleichsam auf die Parteien ein Druck ausgeübt werde, für die Verständigung nicht für günstig. Seine Partei fordere die Festlegung der deutschen Sprache als Staatssprache als eine unbedingte Nothwendigkeit in einem vielsprachigen Staate wie Oesterreich. (Unterbrechungen seitens der Tschechen.) Vor Allem sei guter Wille zur Verständigung nothwendig. (Lebhafter Beifall bei den Deutschen.) Während der darauf folgenden Ausführungen des Berichterstatters, der gegen den Vorredner polemisirt, kommt es zu lebhaftem Streit zwischen Deutschen und Tschechen. Der Berichterstatter erklärt, die Tschechen seien zum Ausgleich bereit, aber nur auf der Grundlage des gleichen Rechts. Darauf geht das Haus in die Spezialdebatte ein.

*

Graz, 24. Juli. Nachdem in der heutigen Sitzung des **Landtags** die Weiterberathung des Wahlreformentwurfs dadurch unmöglich gemacht worden war, daß die Konservativen sich vor der Abstimmung über einen Antrag aus dem Saale entfernten, hielten die beiden Vollzugsausschüsse der deutschen Parteien Abends eine Sitzung ab, in der sie einstimmig beschlossen, auf die neuerlichen, im Wesentlichen unverändert gestellten Vorschläge der Konservativen nicht einzugehen.

*

Lemberg, 24. Juli. Der seit längerer Zeit bestehende **Feldarbeiterausstand** hat sich auf eine weitere Reihe von Gemeinden ausgedehnt. Die Ausständigen verhalten sich zumeist ruhig; jedoch sind Maßnahmen zur Verhütung von Ruhestörungen getroffen. Einigungsverhandlungen sind im Gange.

Die römische „Tribuna" erklärt die Nachricht, daß der **König von Italien** im September Paris besuchen werde, für verfrüht und fügt hinzu, sie habe Grund, zu glauben, daß der König im Jahre 1902 nach dem Besuche in Berlin keine weitere Auslandsreise mehr machen werde.

*

Das Wiener „Fremdenblatt" erfährt, die Zeitungsmeldungen, daß in Trient anläßlich der Durchfahrt des Königs von Italien Demonstrationen stattgefunden hätten, seien unrichtig. Der Vorfall habe sich darauf beschränkt, daß einige aus Italien stammende Arbeiter den Hofzug mit Hochrufen begrüßt und einige Burschen bengalische Zündhölzchen abgebrannt hätten.

*

Tripolis, 24. Juli. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Die italienischen Schlachtschiffe „Sicilia", „Re Umberto", „Varese", „Garibaldi" und „Agordat" sind hier eingetroffen.

In Beantwortung einer Anfrage erklärte Unterstaatssekretär Cranborne gestern im **englischen Unterhause**, für britische Postpackete nach China sei von China Eingangszoll erhoben worden. Es sei kein Zweifel, daß dies Verfahren gesetzmäßig sei; aber die britische Regierung wisse, daß Packete von Frankreich und Deutschland dem Zoll nicht unterworfen worden seien. Die Regierung werde sicher auf Gleichheit der Behandlung bestehen. Postämter würden in China von Frankreich, Deutschland, England, Japan und Rußland unterhalten. Die britische Regierung wisse nicht, ob die chinesische Regierung die Errichtung der französischen und deutschen Postämter genehmigt habe.

Im Oberhause legte auf eine Anfrage wegen der Operationen gegen den Mullah im Somaligebiet der Minister des Aeußeren Lansdowne dar, daß sich im vorigen Jahr der Mullah in die wasserlose Gegend im italienischen Einflußgebiet zurückgezogen habe, wohin ihm die Engländer nicht ohne vorhergegangene Verständigung mit der italienischen Regierung hätten folgen können. In diesem Jahre hätte der Mullah wieder die unter britischem Schutze stehenden Stämme angegriffen und dann sich wieder in jene wasserlose Gegend zurückgezogen. Jetzt seien aber neue Operationen gegen ihn eingeleitet, nachdem die englische Regierung ein befriedigendes Abkommen mit Italien geschlossen habe, das sie in den Stand setze, auf die Grenzen zwischen britischer und italienischer Einflußsphäre keine Rücksicht zu nehmen. Uebrigens habe bereits eine große Anzahl der Gefolgsleute des Mullah diesen verlassen, und man könne hoffen, daß er in nicht langer Zeit exemplarisch bestraft werden würde.

*

London, 24. Juli. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Die **Kolonialkonferenz** wird ihre Arbeiten wahrscheinlich in der ersten Hälfte des August beschließen. Die Meldung, daß ein Gefühl der Nichtbefriedigung im Laufe der Verhandlungen sich eingestellt habe, ist unbegründet. Vielmehr sind die Theilnehmer, wenn man die Wichtigkeit der zur Erörterung stehenden Angelegenheiten bedenkt, von dem Ergebniß durchaus befriedigt. Sie haben niemals erwartet, daß bestimmt formulirte Entscheidungen erreicht werden würden. Die Konferenz war wichtig für den Gedankenaustausch zwischen den leitenden Persönlichkeiten des Reichs und der Kolonieen. Wahrscheinlich werden ähnliche Konferenzen von Zeit zu Zeit abgehalten werden.

*

London, 24. Juli. Eine Lloyd-Depesche aus **Malta** meldet: Der Torpedobootszerstörer „Thrasher" lief mit erheblichen Beschädigungen am Bug, die er bei einem Zusammenstoß mit einem anderen Torpedobootszerstörer erlitten hatte, hier ein.

*

Melbourne, 24. Juli. Der Senat des **australischen Bundesparlaments** schloß die Tarifdebatte und ersuchte das Repräsentantenhaus, die Zölle in vielen Positionen zu ermäßigen. Die Minister werden morgen über die Lage berathen.

Die Nachrichten aus **Paris** lassen schließen, daß in den Kundgebungen wegen der Kongregationsschulen ein Stillstand eingetreten ist. Dem Ministerpräsidenten Combes gehen fortwährend von Bezirksräthen, von republikanischen Komités und Vereinigungen aus Paris und der Provinz Zuschriften zu, in welchen die Regierung zu ihrer Energie in der Durchführung des Vereinsgesetzes beglückwünscht wird.

Paris, 24. Juli. (Meldung der „Agence Havas".) Die Behauptung verschiedener Blätter, daß der Papst bei der französischen Regierung gegen die Ausführung des Vereinsgesetzes zu protestiren beabsichtige, hat wenig Wahrscheinlichkeit für sich, denn die gegenwärtige Regierung hat ebenso, wie die vorhergehenden, den Heiligen Stuhl davon in Kenntniß gesetzt, daß sie eine Debatte über diese Frage nicht zulasse, da Artikel 11 des Konkordats das durch die Gesetzgebung der französischen Revolution ausgesprochene Verbot von Kongregationen bestätige.

Paris, 25. Juli. Als der Polizeikommissar des Quartier St. Ambroise heute Vormittag feststellen wollte, ob die Schulschwestern einer Schule in der Rue St. Maur dem Gesetze Genüge geleistet hätten, verweigerten ihm die Schwestern den Eintritt. Auch in einer Schule in der Rue des Haies erklärten die Schwestern dem Polizeikommissar des Quartier Charonne, daß sie bis zum Aeußersten Widerstand leisten würden. Sonstige Kundgebungen sind nicht vorgekommen.

Die Radikalen und Sozialisten bereiten eine Kundgebung auf dem Bastilleplatz als Erwiderung auf die Versammlung vor, die morgen unter der Leitung von François Coppée in der St. Paul-Manège stattfinden soll.

Wie der „Gaulois" meldet, wird der Deputirte Ribot oder Renault-Morlière im Namen der Progressisten über die in letzter Zeit vom Minister Combes getroffenen Maßnahmen eine Interpellation einbringen.

*

Paris, 24. Juli. Das Zuchtpolizeigericht verurtheilte sieben wegen der gestrigen Kundgebungen verhaftete Personen wegen Thätlichkeiten gegen Polizeibeamte zu Geldbußen von 50 Fr., bezw. zu Gefängnißstrafen bis zur Höhe von 3 Monaten.

*

Paris, 25. Juli. „Petit Journal" meldet aus Landerneau (Dep. Finistère): Landleute, die die Kongregationen in Schutz nahmen, griffen gestern Abend in Saint-Méen einen Kraftwagen an, in dem ein Brester Journalist mit einem Freunde saß, und schlugen auf die Insassen ein. Durch die Drohung, einen Revolver auf die Angreifer abzufeuern, gelang es den beiden Herren, zu entkommen.

In **Belgrad** ist gestern eine Ministerkrisis ausgebrochen in Folge der in der Skupschtina stattgehabten Präsidentenwahl, bei welcher der Abgeordnete Stanojewitsch gegen den Kandidaten der Regierung Nista Popowitsch mit fünf Stimmen Mehrheit gewählt wurde.

Aus Yokohama wird amtlich gemeldet, daß der japanische Kreuzer „Kasagi" mit einem Regierungsbeamten an Bord nach **Markus-Island** abgegangen ist. Zweck dieser Sendung ist, wie es heißt, die japanischen Bewohner der Insel zu beruhigen und den Kapitän Rosehill, welchem die amerikanische Regierung einen Besitztitel für die Insel ertheilt haben soll, zu überzeugen, daß sein Anspruch unberechtigt ist. Die Insel, welche von einem japanischen Unterthan im Jahre 1879 entdeckt wurde, ist 1898 von Japan in Besitz genommen worden.

*

Washington, 24. Juli. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Das Auswärtige Amt erwartet nicht, daß es auf der Markus-Insel zu einem Zusammenstoße zwischen Amerikanern und Japanern kommen werde. Es ist unwahrscheinlich, daß Amerika sich einmischen wird, wenn, wie es heißt, die Japaner den Guano ausbeuten wollen.

Die „Times" meldet aus **Peking** von gestern: Der Vizekönig in Wutschang empfing am Montag ein Telegramm, das die formelle Zustimmung der chinesischen Regierung zu dem Artikel enthält, der die gänzliche Abschaffung der Likinabgaben im ganzen Reich bestimmt. Die alten einheimischen Inlandszölle sollen in einem Verzeichniß festgelegt und die Zahl der Stationen nicht erhöht werden. Das Ganze wird unter die Oberaufsicht des Kaiserlichen Seezollamts gestellt werden. Der Plan sieht eine Erhöhung der Einfuhr- und Ausfuhrzölle vor.

Kleinere Nachrichten. Ras Makonnen ist gestern Vormittag von Paris nach Zürich abgereist. — Wie verlautet, wird der ehemalige Direktor des „Imparcial", Senator Mellado, zum Gouverneur der **Bank von Spanien** ernannt werden. — In **Santiago de Chile** wurde gestern ein Protokoll unterzeichnet, durch das die Ratifizirung der Verträge mit Argentinien um weitere zwei Monate vertagt wird.

Hof- und Personal-Nachrichten.

* Von der Nordlandreise Sr. Majestät des Kaisers wird gemeldet:

Bergen, 25. Juli, Morgens.

Die „Hohenzollern" ist gestern Abend 11 Uhr hier vor Bergen eingetroffen. Wetter andauernd schlecht. An Bord Alles wohl.

* Anläßlich des bevorstehenden Kaiserbesuches in Emden hat, der „Post" zufolge, S. M. S. „Württemberg" Befehl erhalten, bereits am 28. d. M. im dortigen Hafen vor Anker zu gehen. Auch der Chef der Marinestation der Nordsee, Admiral Thomsen, ist nach Emden befohlen worden. Der Kaiser wird gelegentlich seiner Anwesenheit in Emden den dortigen Hafen, das Rathhaus und das Postgebäude besichtigen; auch ist ein Rundblick vom Rathhausthurm in Aussicht genommen. Ferner wird sich der Monarch dort die geretteten Mannschaften des untergegangenen Torpedobootes „S 42" vorstellen lassen und ihnen hierbei die verliehenen Ordensdekorationen persönlich überreichen.

* Aus Cadinen wird gemeldet: Heute Vormittag machten die Prinzessin und die jüngeren Prinzen den gewohnten Badeausflug nach Kahlberg, während Prinz Adalbert einen Pirschgang unternahm. Ihre Majestät die Kaiserin machte einen längeren Spaziergang im Park. Zu dem heute Nachmittag stattfindenden Richtfeste der neuen Schule hat Ihre Majestät die Kaiserin ihr Erscheinen zugesagt.

* Kronprinz Friedrich August von Sachsen unternahm gestern Vormittag von Ischl aus einen Ausflug nach Hallstatt. Mittags fand in der Kaiserlichen Villa zu Ehren des Kronprinzen Hoftafel statt, an der auch die Prinzen Leopold und Georg von Bayern theilnahmen. Am Nachmittag erfolgte ein Ausflug mit der Zahnradbahn auf den Schafberg. Heute früh 9 Uhr ist der Kronprinz nach München abgereist. Kaiser Franz Josef begleitete den Kronprinzen zum Bahnhofe und verabschiedete sich dort in herzlichster Weise von ihm.

u. Prinz Komatsu von Japan hat sich heute früh auf einen Tag zum Besuch des Herzogs Johann Albrecht zu Mecklenburg nach Schwerin begeben.

---

* Der inaktive Staatsminister v. Schelling hat sich nach dem Engadin begeben.

u. Der anhaltische Hofkammer-Präsident, Dr. Huhn, ist aus Dessau hier angekommen.

u. Der Kammerherr Burggraf und Graf zu Dohna-Lauck ist aus Lauck hier angekommen.

u. Der Eisenbahndirektions-Präsident Dr. Sombart ist aus Stettin hier eingetroffen.

u. Der Polizeipräsident Dall ist aus Straßburg hier angekommen.

** Der Generalkonsul Stannius hat einen Urlaub angetreten, während dessen die Geschäfte des deutschen Konsulats in Triest von dem Kanzler der Behörde, Müller, wahrgenommen werden.

** Der Konsul v. Jecklin hat einen Urlaub angetreten, während dessen die Geschäfte des deutschen Konsulats in Paris von dem Kanzler der Behörde, Vizekonsul Barnewitz, wahrgenommen werden.

** Der Konsul Frhr. v. Seckendorff hat einen Urlaub angetreten, während dessen die Geschäfte des deutschen Konsulats in Prag von dem dorthin entsandten Konsul Frhrn. v. Redwitz wahrgenommen werden.

** Der Konsul Graf v. Hardenberg hat einen Urlaub angetreten, während dessen die Geschäfte des deutschen Konsulats in Sansibar von dem Dragoman Rößler wahrgenommen werden.

** Der Konsul Mordtmann hat einen Urlaub angetreten, während dessen die Geschäfte des deutschen Konsulats in Salonik von dem Dragomanatseleven Fohr wahrgenommen werden.

u. Fürstin Orlow ist aus Petersburg hier eingetroffen.

---

* Der Ministerialrath im bayerischen Kultusministerium von Wehner ist zum Staatsrath in diesem Ministerium ernannt worden.

---

* Der Regierungsrath v. Doemming in Potsdam ist der Regierung daselbst überwiesen worden.

* Dem Regierungsassessor v. Goerschen in Cassel ist die kommissarische Verwaltung des Landrathsamts im Kreise Altenkirchen, Regierungsbezirk Koblenz, übertragen worden. Der Regierungsassessor Dr. Knoll zu Sorau ist der Regierung zu Stade und der Regierungsassessor Dr. jur. Hoffmann zu Neustettin der Regierung zu Düsseldorf überwiesen worden. Die Ueberweisung des Regierungsassessors Dr. Haarmann in Osnabrück an das Landrathsamt im Kreise Konitz ist zurückgezogen worden. An seiner Stelle ist der Regierungsassessor v. Ruperti in Grubno dem Landrath in Konitz zugetheilt worden.

---

k. Die Generalleutnants v. Villaume, Departementsdirektor im Kriegsministerium, v. Schmidt, Inspekteur der Feldartillerie, Generalmajor Brandau, Mitglied des Reichs-Militärgerichts, Oberst Matthias und Oberstleutnant Deimling, Abtheilungschefs im Großen Generalstab, die Majors: v. Pochhammer, Adjutant der Kriegsakademie, Müller, Adjutant des Inspekteurs der Feldartillerie, haben die Garnison verlassen.

* Der Oberstleutnant z. D. Frhr. v. Elmendorff vom Generalkommando des Gardekorps ist am Mittwoch in Folge einer Herzlähmung im 54. Lebensjahre gestorben. Der Verstorbene gehörte früher dem 2. Garderegiment zu Fuß an und trug die Uniform dieses Regiments bis an sein Lebensende. Als Fähnrich nahm er an dem Kriege gegen Frankreich Theil und erwarb das Eiserne Kreuz II. Klasse. Am 20. September 1870 wurde er zum Leutnant, am 14. April 1885 zum Hauptmann befördert. Seine Anstellung beim Generalkommando des Gardekorps erfolgte am 24. Mai 1898. Der Charakter als Oberstleutnant wurde ihm am 15. Juni 1899 verliehen. In Abwesenheit des kommandirenden Generals des Gardekorps widmet dem Verewigten der Generalleutnant v. Winterfeld, Kommandeur der Garde-Kavalleriedivision, folgenden Nachruf:

„Er war ein in Krieg und Frieden in mannigfachen Dienststellungen erprobter und bewährter Offizier, beseelt von strengster Pflichttreue und begabt mit großer Arbeitskraft, ein Mann von festem Charakter und warmem Herzen, ein treuer, lieber Kamerad. So hat er unter uns gelebt und gewirkt, so wird er fortleben in unseren Herzen."

Deutsches Reich.

* Der Kultusminister hat angeordnet, daß bei künftigen Ausschreibungen frei gewordener **Medizinalbeamtenstellen** die Meldefrist, welche bisher eine zweiwöchige war, zunächst versuchsweise durch eine dreiwöchige zu ersetzen ist. Die Ausschreibungen werden fortan auch in den Regierungsblättern bekanntgegeben werden. Dem Ermessen der Regierungspräsidenten und Landräthe bleibt es anheimgestellt, die Ausschreibungen außerdem auch noch durch Tageszeitungen zu bewirken.

* Im Königreich Sachsen sind von der **land- und forstwirthschaftlichen Berufsgenossenschaft** in 83 Gemeinden 1876 Betriebe auf die Beobachtung der Vorschriften über die Unfallverhütung revidirt worden. Dabei wurden in 1749 Betrieben (also in mehr als 93 pCt.) Verstöße gegen dieselben konstatirt. Mit Strafe wurden dagegen nur 23 landwirthschaftliche Betriebsunternehmer wegen Vergehens gegen die Unfallverhütungsvorschriften belegt. In seinem Jahresbericht bemerkt hierzu der Landeskulturrath für das Königreich Sachsen: „Diese Zahlen zeigen, wie wenig sich die Unternehmer der Nothwendigkeit der angeordneten Schutzmaßregeln und Vorrichtungen wie auch der unliebsamen Folgen bewußt sind, welchen sie sich durch ihre Fahrlässigkeit aussetzen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß zahlreiche Unfälle zu vermeiden gewesen wären, wenn die Unternehmer ihre Pflicht hinsichtlich der Anbringung der erforderlichen Sicherungen gethan hätten. Es erscheint daher der dringende Wunsch gerechtfertigt, die Unternehmer möchten angesichts der großen Zahl von Unfällen, welche das Berichtsjahr aufzuweisen hat, sich ihrer Verpflichtung mehr als bisher bewußt werden."

* Das Aktienkapital der **Polenbank Ziemski** soll nach der „Köln. Ztg." auf 15 Millionen erhöht werden, da sie nicht nur Parzellirungen, sondern auch gewerbliche polnische Unternehmungen fördern will.

* Im Bereiche der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft sollen nunmehr alle diejenigen Beamten und Arbeiter, welche zur Begleitung von Rettungszügen stets zur Verfügung stehen müssen, im **Samariterdienst** ausgebildet werden. Es handelt sich um diejenigen Mannschaften, die zur Besetzung der im Bau befindlichen Rettungszüge bei vorkommenden Betriebsunfällen bestimmt sind. Die Ausbildung der Leute findet unter Leitung der Bahnärzte statt und wird so gehandhabt, daß die Mannschaften in der Lage sein werden, selbstständig sachgemäße Verbände anzulegen und den Aerzten in gewissem Sinne als Heilgehülfen nach jeder Richtung hin zur Hand gehen zu können. Es soll auf diese Weise auch bei größeren Betriebsunfällen, im Falle nicht gleich genügend Aerzte zur Stelle sind, doch für die Verunglückten sofort die nothwendigste Hülfe vorhanden sein.

* Verschiedene in neuerer Zeit zur Kenntniß des Kultusministers gelangte Einzelfälle, bei welchen es sich behufs Zulassung von Bewerberinnen zur **Lehrerinnenprüfung** vor dem vollendeten 19. Lebensjahre um einen Altersdispens von mehr als 3 Monaten handelte, haben gezeigt, daß die bisherigen Bestimmungen auf diesem Gebiete in den betheiligten Kreisen nicht überall Beachtung finden. Der Kultusminister hat hieraus Veranlassung genommen, die Vorschriften den Provinzialschulkollegien und Regierungen in Erinnerung zu bringen und anzuordnen, daß sowohl die Direktoren der staatlichen und nichtstaatlichen öffentlichen Lehrerinnen-Seminare wie die Leiter und Leiterinnen aller privaten Veranstaltungen für die Vorbereitung auf den Lehrerinnenberuf angewiesen werden, bei der Aufnahme junger Mädchen vor vollendetem 16. Lebensjahre denselben keinen Zweifel darüber zu lassen, daß in dem vorzeitigen Eintritt in das Seminar oder in den Vorbereitungs-Kursus für die Lehrerinnenprüfung keineswegs die Ertheilung eines Dispenses von dem vorschriftsmäßigen Alter bei Ablegung der Lehrerinnenprüfung enthalten ist, und in jedem Falle, in welchem einer Aspirantin bei der Aufnahme mehr als drei Monate bis zur Vollendung ihres 16. Lebensjahres fehlen, dem Mädchen und ihrem Vater bezw. dessen Stellvertreter ausdrücklich zu Protokoll zu eröffnen, daß bei der Meldung zur Lehrerinnenprüfung auf einen Altersdispens nicht zu rechnen ist. Dabei soll den Anstaltsleitern und -Leiterinnen bemerklich gemacht werden, daß für sie bei etwaiger Nichtbeachtung der in Rede stehenden Vorschriften unliebsame Folgen nicht ausbleiben würden. Da Gesuche um Ertheilung eines Altersdispenses von mehr als drei Monaten behufs Zulassung zur Lehrerinnenprüfung grundsätzlich nur in ganz dringenden Fällen berücksichtigt werden können, sind in den an das Kultusministerium zu richtenden Anträgen der zuständigen Provinzialbehörden auch die persönlichen Verhältnisse der betreffenden Bewerberin, auf welche es bei der Entscheidung hauptsächlich ankommt, näher zu erörtern.

* Die Landgewinnungs- und Befestigungsarbeiten an der **Westküste Schleswigs** werden, wie die „Hus. Nachr." hören, auch im nächsten Jahre weitere Ausdehnung annehmen. Es wird beabsichtigt, im Anschluß an den Hattstedter Deich vor dem Sophien-Magdalenen- und Desmercieresкoog einen neuen 4½ Kilometer langen Deich zum Schutze des Vorlandes, das 430 Hektar groß ist, zu erbauen. Der neue Koog wird Piek, die Meed- und die Jacobshallig umfassen. Das Land ist von vorzüglicher Beschaffenheit und befindet sich zur Hälfte in Privatbesitz. Eine Einigung zwischen dem Fiskus und den Privatbesitzern ist bereits erzielt. Die Genehmigung des Ministers sowie die Bewilligung von Mitteln seitens des Landtages darf wohl mit Sicherheit erwartet werden.

* Von Band 142 der Statistik des Deutschen Reichs hat das Kaiserliche Statistische Amt soeben die den **Außenhandel** mit Frankreich, Portugal und Spanien im letzten Jahrfünft behandelnden Hefte X und XIII herausgegeben. Dem Tabellenwerk beider Hefte geht eine kurze Besprechung über die Entwickelung des Außenhandels mit den drei Ländern im letzten Jahrzehnt voraus. Heft X Frankreich: Aus Frankreich kam besonders Kammzug, dann Wein, Wolle, Gold, Pferde, Erzschlacken, Seidenzeuge, ungefärbte Rohseide, Seiden-Gaze, -Krepp, -Flor, Oelkuchen, Obst, Leder, Floretseide, Schaumwein, Gemüse, Häute und Felle zu Pelzwerk, Bücher, Karten, Musikalien, thierische Blasen, Därme, Magen 2c. Ausgeführt wurden nach Frankreich namentlich Koks, Maschinen, Kohlen, Häute und Felle zu Pelzwerk, Farbendruckbilder, Kupferstiche 2c., Flachs, Edelmetallwaaren, Halbseidenzeuge 2c., Kalbfelle, grobe Eisenwaaren, Eisenerze, Borsten, feine Eisenwaaren, Wolltuche, Sämereien, Zell-, Stroh- und anderer Faserstoff, Spielzeug, Lackleder 2c. Ein- und Ausfuhr betrugen 281,8 und 249,9 Mill. Mark, erstere nahm 7,8, letztere 10 v. H. gegen das Vorjahr ab. Ohne Edelmetalle nahmen Ein- und Ausfuhr je 10 v. H. ab. An der Abnahme sind infolge der Zollerhöhung seit 1. Juli 1900 Schaumwein und Kognak stark betheiligt, außerdem Erzschlacken, Kleesaat 2c. Zum Rückgang der Ausfuhr hat namentlich der Ausfall bei Maschinen, Eisen und Eisenwaaren, Wolle und Wollenwaaren, Kupfer und Kupferwaaren beigetragen. Bei Maschinen war im voraus auf einen starken Ausfall zu rechnen wegen der ungewöhnlich hohen Ausfuhr für die Weltausstellung von 1900. Heft XIII. Portugal: Aus diesem Lande kommt vorzugsweise Kork, Holz und Holzwaaren, Wein, Schwefelkies, Kakaobohnen, Golderze, Obst, Stickereien, Kautschuk, Wachs, Sardinen, während Eisenwaaren, Reis, Zucker, Gespinnstwaaren, Leder, Glas und Maschinen dahin ausgeführt werden. Die Einfuhr erreichte 18,1 Mill., die Ausfuhr 19,9 Mill. Mark. Jene wuchs um 2,8 v. H., diese fiel um 3,9 v. H. Spanien: Aus Spanien kommen hauptsächlich Erze, Wein, Südfrüchte, Korkstopfen und Korksohlen, während Maschinen, Eisenwaaren, Lokomotiven, Edelmetallwaaren, Stoffwaaren und andere Industrieerzeugnisse dahin ausgeführt werden. Die Einfuhr erreichte 78,3, die Ausfuhr 50 Mill. Mark; jene fiel 5, diese fast 8 v. H.

* Um die Mitte des Monats Juli war der **Stand der Saaten im Reich**, wie in Ergänzung der Mittheilungen für Preußen berichtet wird: (Nr. 1 sehr gut, Nr. 2 gut, Nr. 3 mittel [durchschnittlich], Nr. 4 gering, Nr. 5 sehr gering).

	Weizen		Roggen		Sommergerste	Hafer	Kartoffeln	Klee	Wiesen
	Winter	Sommer	Winter	Sommer					
Juli 1902	2,2	2,4	2,3	2,4	2,3	2,6	2,6	2,5	2,4
Juni 1902	2,2	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	2,7	2,4	2,5
Mai 1902	2,4	2,7	2,7	2,6	2,7	2,8	—	2,7	2,9
April 1902	2,2	—	2,2	—	—	—	—	2,4	2,4
Juli 1901	3,5	2,8	2,9	2,7	2,6	2,9	2,5	3,5	3,0
„ 1900	2,4	2,4	2,9	2,4	2,3	2,3	2,2	3,1	2,6
„ 1899	2,2	2,4	2,4	2,4	2,3	2,5	2,5	2,6	2,4

In der Berichtsperiode Mitte Juni bis Mitte Juli gestaltete sich der Witterungsverlauf in den verschiedenen außerpreußischen Gegenden recht verschiedenartig. In Süddeutschland war es vorwiegend warm und trocken, in Mitteldeutschland wechselte ziemlich unvermittelt kurz andauerndes warmes Wetter in Begleitung heftiger Regenfälle mit kühler, feuchter Witterung. Heftige Hagelschläge mit stellenweise erheblichen Schäden werden besonders aus dem Königreich Sachsen, aus Sachsen-Meiningen und Elsaß-Lothringen gemeldet.

* Wie schon erwähnt, kam die Würzburger Angelegenheit dieser Tage auch im Finanzausschuß der **bayerischen Reichsraths-Kammer** zur Sprache. Der Vorsitzende, Graf von Lerchenfeld-Köfering, richtete an die Königliche Staatsregierung die Anfrage, in welcher Weise sie beabsichtige, wieder Ruhe und Ordnung zu schaffen und in gewissem Grade auch der Universität Würzburg gegenüber zu erreichen. Was man in den Zeitungen über diese Angelegenheit habe lesen können, sei, so wolle er glauben, wohl weitaus übertrieben, denn er könne nicht annehmen, daß die Professoren in Würzburg sich soweit hätten vergessen können. Jedenfalls aber hoffe und glaube er, daß die Staatsregierung auch den Professoren gegenüber die Staatsautorität aufrecht erhalten werde, denn sonst würde es mit dem Staate und den Universitäten schlecht stehen, wenn die Herren Professoren, die den jungen Studenten als Vorbilder dienen